

Die deutsch-albanischen Beziehungen 1912–1939

MARENGLÉN KASMI (Tirana)

Bis zu den 1980er Jahren war Albanien das einzige europäische Land und eines der wenigen Länder der Welt, mit denen die Bundesrepublik Deutschland keine diplomatischen Beziehungen pflegte. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern begannen im April 1984 und endeten im Herbst 1987, als nach 43 Jahren in Bonn und Tirana wieder Botschaften eröffnet wurden.

„Spät kamen Sie, doch sie kamen – bundesdeutsche Diplomaten nach Albanien“ schrieb Wolf Oschlies in seiner Studie über Albanien, in der er 1987 Bonn den jüngsten diplomatischen Partner Deutschlands vorstellte (OSCHLIES 1987: 1). Aber wodurch waren die deutsch-albanischen Beziehungen von Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende der 1930er Jahre, bzw. bis zur italienischen Okkupation Albaniens gekennzeichnet?

In einer Gesamtbewertung, einschließlich der Zeit des Zweiten Weltkrieges, können die deutsch-albanischen Beziehungen in drei Perioden eingeteilt werden.

Die erste Phase dauerte von 1900 bis zum Ersten Weltkrieg. In dieser Zeitspanne unterstützte die deutsche Politik die außenpolitischen Interessen Österreich-Ungarns in Albanien. Allerdings zögerten Kaiser Wilhelm II. und seine Regierung in kritischen Momenten nicht, gegen österreichische Interessen zu entscheiden, um das Gleichgewicht zwischen den europäischen Mächten aufrechtzuerhalten.

Die Zeit zwischen den Weltkriegen bildete eine zweite Periode, in der die deutsch-albanischen Beziehungen durch die zunehmende politische, wirtschaftliche und militärische Einmischung gekennzeichnet waren. Seit Anfang der zwanziger Jahre, schon lange Zeit bevor von einer Teilung der Einflusssphären auf dem Balkan zwischen Hitler und Mussolini die Rede sein kann, zielte die deutsche Albanienpolitik darauf ab, eine Kollision zwischen der Tätigkeit deutscher Unternehmen und italienischen Interessen zu verhindern. Vor diesem Hintergrund lässt sich in den Grundzügen der deutschen Außenpolitik dieser Phase eine ältere Kontinuität politischen Desinteresses an Albanien feststellen – angefangen vom Berliner Kongress 1878 über die Londoner Botschafterkonferenz 1912–1913 bis in die Jahre 1920–1930. Das beste Beispiel hierfür ist die Debatte im Reichstag vom 14. Mai 1914 über die Verhältnisse auf dem Balkan und in Albanien, als der deutsche Fürst Wilhelm zu Wied seit über zwei Monaten in Albanien herrschte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hermann Wendel äußerte sich dazu mit folgenden Worten: „Für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist es viel wichtiger, ob nächsten Sonntag gutes Wetter ist, als was mit Albanern samt seinem Mbret [albanisch: König] da unten geschieht“ (*Reichstagsprotokolle* 1912/14,13, S. 8840).

In den frühen 1920er Jahren entstand in den deutschen Wirtschaftskreisen im Gegensatz zur Politik ein gewisses Interesse an Albanien. Jedoch ging die Aktivität der deutschen Unternehmen in Albanien im Laufe der Jahre aufgrund der italienischen Konkurrenz zurück.

Obwohl das Dritte Reich die italienische Annexion Albaniens 1939 anerkannt hatte, war Hitler aufgrund wichtiger strategischer Überlegungen des Reiches bereit, ein Abkommen auf Kosten Italiens bzw. Albaniens mit Griechenland zu schließen. Als der italienisch-griechische Krieg 1940–1941 ins Stocken geriet, versuchte Admiral Canaris auf Hitlers Befehl im Dezember 1940 mit dem griechischen Gesandten in Madrid eine Vereinbarung zu treffen. Das Deutsche Reich wollte militärische Truppen nach Albanien entsenden und zur Beendigung des italienisch-griechischen Krieges beitragen. Anschließend hätte Griechenland alle eroberten albanischen Gebiete in Südalbanien erhalten, falls die griechische Regierung die Neutralität Griechenlands erklärte und die Präsenz der englischen Marine in griechischen Gewässern nicht mehr duldet (VON THADDEN 1955: 7). Jedoch zeigte sich die griechische Regierung unter diesen Bedingungen nicht bereit zum Verhandeln.

Die dritte Periode der deutsch-albanischen Beziehungen stellt schließlich die deutsche Besetzung Albaniens in den Jahren 1943–1944 dar. Sie ist gleichzeitig auch der Höhepunkt der wechselseitigen Beziehungen. Im Gegensatz zu den zwei ersten Perioden ist die 14-monatige deutsche Herrschaft in Albanien durch konkrete politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklungen gekennzeichnet.

Die Geschichte deutsch-albanischer Beziehungen, mit ihren Besonderheiten und Problematiken, ist sowohl in der deutschen als auch in der albanischen Geschichtsschreibung bisher kaum berücksichtigt worden. Zudem erschweren immer noch vorherrschende stereotype Vorstellungen einen wissenschaftlichen Zugang. Erst 2009 veröffentlichten Mathias DORNFELDT und Enrico SEEWALD in der *Zeitschrift für Balkanologie* einen Aufsatz über die deutschen Vertretungen in Albanien von 1913 bis 1944. Dabei wird aber lediglich auf die Geschichte der Entstehung der deutschen diplomatischen Vertretungen in Albanien bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eingegangen.

Jedoch lassen sich die deutsch-albanischen Beziehungen in der Zeitspanne 1912–1943 anhand der Akten des Politischen Archivs im Auswärtigen Amt und des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde gut schildern. Besonders hilfreich waren die Akten der Deutschen Gesandtschaft in Tirana, die nicht nur eine Auskunft über die Entstehung der deutsch-albanischen diplomatischen Beziehungen geben, sondern auch über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen Albaniens zu Deutschland und anderen Staaten, vor allem zu Italien und Jugoslawien, berichten. Die spärlichen Akten der albanischen Archive bzw. des Archivs des albanischen Außenministeriums über die deutsch-albanischen Beziehungen helfen das Bild zu vervollständigen, obwohl eine Auswertung dieses Archivbestandes zu keiner neuen Erkenntnis geführt hat.

Um einen vollständigen Überblick über die deutsch-albanischen Beziehungen 1912–1939 zu geben, wird in diesem Beitrag zunächst die Rolle des Deutschen Kaiserreichs bei der Gründung des albanischen Staates auf der Botschafterkonferenz 1912–1913 in London beleuchtet. Dies ist insofern wichtig, als die auf der Konferenz verfolgte deutsche „Balancepolitik“ wesentliche Auswirkungen auf die Zukunft Albaniens hatte. In einem zweiten Schritt wird die Herrschaft des deutschen Fürsten Wilhelm zu Wied in Albanien im Jahr 1914 beschrieben. Des Weiteren wird kurz die Einrichtung der deutschen diplomatischen Vertretung in Albanien im Jahre 1922 beschrieben und die Problematik der Eröffnung einer albanischen diplomatischen Ver-

tretung in Berlin in den Jahren 1917–1938 ausführlich behandelt. Die Relevanz dieser Betrachtung liegt darin, dass man dabei nicht nur die Funktionsweise der albanischen Verwaltung und die Grundzüge der albanischen Außenpolitik – sowie der deutschen Albanienpolitik – erkennen, sondern auch die schrittweise erfolgten italienischen Vorbereitungen für die Annexion Albanien nachvollziehen kann. Anschließend werden die deutsch-albanischen wirtschaftlichen Beziehungen und die deutsche sowie die österreichische Kulturpolitik in Albanien analysiert.

Das Deutsche Kaiserreich und die „albanische Frage“ auf der Londoner Botschafterkonferenz 1912–1913

Die Londoner Botschaftervereinigung 1912–1913, die auch als Londoner Botschafterkonferenz Eingang in die Geschichtsschreibung gefunden hat, gehörte zu den politisch und völkerrechtlich bedeutsamsten Ereignissen Europas in diesen Jahren (NIEMEYER 1914: 5). Die formlose Organisation dieser Besprechungen wurde noch dadurch unterstrichen, dass kein offizielles Protokoll angefertigt wurde und die Teilnehmer einer Schweigepflicht über die Verhandlungen unterlagen. Hanns Christian Löhr stellt mit Recht fest, dass die Besprechungen fast familiären Charakter hatten, da die Botschafter Österreich-Ungarns, Russlands und Deutschlands, nämlich Albert Graf von Mensdorff, Alexander Graf von Benckendorff und Max Fürst Lichnowsky, allesamt Vettern waren (LÖHR 2010: 39). An den Sitzungen nahmen außerdem noch der italienische Botschafter Marchese Guglielmo Imperali und der französische Botschafter Jules Cambon teil. Der englische Außenminister Lord Edward Grey führte den Vorsitz in der Botschafterkonferenz.

Der deutsche Staatssekretär Kiderlen-Wächter war zunächst gegen die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der Großmächte mit dem Ziel, eine Lösung der Probleme auf dem Balkan zu finden (siehe auch PUTO 1978: 148; BIAGINI 1998: 106–121), denn er hielt den Krieg zwischen dem Balkan-Bund und der Türkei für unabwendbar und wollte dessen Verlauf erst abwarten. Erst als die Balkankriege eskalieren und die serbische Armee in Albanien bis nach Durrës an der Adria vormarschierte, griff Kiderlen-Wächter den Gedanken der Organisation einer gemeinsamen Konferenz wieder auf. Er schlug vor, dass die Großmächte sich auf ein Programm einigen und zwischen den zerstrittenen Parteien vermitteln sollten. In Zentrum dieses Programms stand die Lösung der albanischen Frage bzw. die Anerkennung der Selbstständigkeit Albanien. Des Weiteren sollten Serbien nur Zugeständnisse in Form einer Eisenbahnverbindung zu einem der Adriahäfen gemacht, aber eine neue Grenzziehung zugunsten Serbiens verhindert werden (LÖHR 2010: 40). Diesen beiden Punkten fügte der englische Außenminister Grey am 21. November 1912 noch einen dritten Punkt hinzu, nämlich die Verhandlung über die Zukunft der türkischen ägäischen Inseln, die Italien nach dem Ende des Tripolis-Krieges und Griechenland während des ersten Balkankrieges besetzt hatten. Als dieser Vorschlag die Zustimmung aller sechs Mächte fand, schlug Sir Grey offiziell eine Botschafterkonferenz vor (NIEMEYER 1914: 5, LÖHR 2010: 41).

Fürst Lichnowsky hatte bezüglich der albanischen Frage genaue Anweisungen erhalten. Er hatte mit den anderen Dreibundkollegen beschlossen zu handeln und sollte sich auch dafür einsetzen, dass Albanien als ein eigenständiger neuer Staat ge-

gründet würde. Die Grenzen Albaniens sollten nach ethnischen und „natürlichen“ bzw. geographischen Gegebenheiten bestimmt werden (LÖHR 2010: 61).

Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, dass Deutschland bezüglich seiner Position sehr flexibel blieb. Berlin wünschte keinesfalls wegen Österreich-Ungarn einen Krieg mit Russland, das sich für den Balkan-Bund einsetzte. Österreich-Ungarn wiederum setzte sich für die Einrichtung eines großen Albaniens ein, das in der Lage sein würde, dem Druck der Nachbarstaaten standzuhalten. Die österreichischen politischen Interessen stimmten mit den Forderungen der Albaner überein. Jedoch kann diese Übereinstimmung nicht als eine Art Unterstützung der albanischen Nationalisten gewertet werden. Während die albanischen Nationalisten nach einem großen ethnischen Albanien strebten, ging es Wien eher um die Schaffung eines möglichst großen Pufferstaates auf dem Balkan. Aus diesem Grund wollte Wien auch keinen serbischen Adriahafen. In dieser Hinsicht gab es aber in Berlin immer weniger Verständnis, denn, wie bereits erwähnt, Kaiser Wilhelm II. hatte kein Interesse, nur wegen „eines serbischen Adriahafens“ einen Krieg mit Russland zu führen (LÖHR 2010: 44).

Um den Frieden in Europa nicht zu gefährden, gab die deutsche Politik nach. Die Grenzen dieses neuen Staates sollten angesichts der veränderten Situation auf dem Balkan durch Verhandlungen bestimmt werden. Damit setzte Berlin der Wiener Politik deutliche Grenzen. Das Deutsche Reich würde ein militärisches Vorgehen gegen Serbien auch politisch nicht unterstützen. Berchtold gab schließlich auf Druck Berlins nach und akzeptierte, dass Gjakova an Serbien fiel, allerdings unter der Bedingung, dass Shkodra bei Albanien verblieb (GREY 1926: 257, NOLTE 2007: 118–123).

Die Lösung der albanischen Frage enthüllte die Ungereimtheiten politischer Visionen Wilhelms II. und seiner Regierung. Im November 1912 hatte der Kaiser die Richtlinien der deutschen Außenpolitik bezüglich der Balkankrise deutlich gemacht. Demzufolge sollte das Deutsche Reich eine neutrale Stellung einnehmen. Kurze Zeit später, als sich die Konflikte auf dem Balkan weiter zuspitzten und Kaiser Wilhelm II. glaubte, dass ein deutsch-russischer Krieg nicht mehr zu verhindern war, bezog er eine entgegengesetzte Position. Er verlangte nun von seinem Kanzler und Außenminister, dass Wien jetzt volle Unterstützung zur Erfüllung österreichischer Ambitionen auf dem Balkan bekommen sollte. Und er war bereit, die Krise auch mit Waffengewalt zu lösen. Dieser Kurswechsel entsprach nicht den politischen Vorstellungen des Reichskanzlers Hollweg und des Staatssekretärs Kiderlen-Wächters, denn als Politiker bevorzugten sie mehr die Mittel der Diplomatie als die Militärgewalt und das Betreiben einer solchen „nervösen Hampelmannpolitik“ (LÖHR 2010: 48). Demzufolge verfolgte die deutsche Regierung eine Doppelstrategie¹. Einerseits unter-

1 Theodor Niemeyer schätzte die politische Lage Europas 1912–193 wie folgt ein: „Russlands und Österreichs Balkaninteressen standen sich diametral gegenüber. Italiens Bedürfnisse lagen in der Hauptsache in derselben Richtung wie diejenigen Österreichs. Wäre 1912 oder 1913 infolge der Unterstützung der serbisch-montenegrinischen Ansprüche durch Rußland der Krieg ausgebrochen, so hätte dieser Italien als nächstinteressierte Macht sofort auf dem Kriegsschauplatz gefunden, und an seiner Seite selbstverständlich nicht nur Österreich, sondern auch Deutschland, daneben aber wahrscheinlich ferner die Türkei, sowie einen oder den anderen der Balkanstaaten. England hätte mit Frankreich für Rußland eintreten

stützte sie Österreich und war somit indirekt an einer Gründung und Konsolidierung des neuen albanischen Staates interessiert. Andererseits versuchte sie weiter die Balance zwischen den europäischen Großmächten zu bewahren. Dem Reichskanzler Hollweg gelang es durch seine Doppelstrategie, den Kaiser vom Albanienprojekt zu überzeugen, von dem Wilhelm II. allerdings gern Abstand genommen hätte. In kritischen Momenten, wenn die Stellung Österreich-Ungarns gefährdet war, wie z.B. in der Skutari-Krise, stellte das deutsche Kaiserreich Wien die entsprechende politische und militärische Unterstützung (SCHIEL 2009: 89–105). Dann verfolgte das Reich wieder den alten Kurs, indem die deutsche Politik kategorisch jede Konfrontation zwischen den europäischen Mächten bezüglich der Lösung des albanischen Problems zu verhindern versuchte und sich für die Schaffung des albanischen Staates im Rahmen des europäischen Konzertes einsetzte.

Der Deutsche Fürst Wilhelm zu Wied und Albanien 7. März – 3. September 1914

Am 29. Juli 1913 wurde in einer dreistündigen Sitzung der Londoner Botschafterkonferenz die Frage des albanischen Status endgültig geregelt. Albanien sollte von einem ausländischen Fürsten regiert werden, der innerhalb von sechs Monaten ernannt werden musste (NIEMEYER 1914: 25, siehe auch WIED 1917: 6, CASTELLAN 1992: 382–385, SCHEVILL 1966: 473–479). Bis zur Wahl des Fürsten sollte eine Internationale Kommission die Verwaltung des Landes übernehmen, die aus einem Vertreter Albaniens und je einen Vertreter der übrigen Mächte bestand. Die Kommission sollte die Grundzüge der Gemeindeverwaltung und die Verwaltung des Landes im Allgemeinen kennenlernen und den Europäischen Mächten sodann Vorschläge für die weitere Organisation des Landes unterbreiten. Mit der Organisation der albanischen Gendarmerie wurden schwedische Offiziere beauftragt. Als die schwedische Regierung dies jedoch ablehnte, erklärte sich die holländische Regierung bereit und entsandte rasch eine militärische Mission nach Albanien.

Die Auswahl des neuen Fürsten war eng mit der neuen Staatsform Albaniens verbunden. Schmidt-Neke hat die zahlreichen Kandidaten in drei Gruppen eingeteilt, nämlich die Gruppe der Ausländer, deren weitläufige familiäre Verbindungen nach Albanien bzw. zu Skanderbeg sie zu politischen Ambitionen ermutigte. Keiner von ihnen war 1913 noch in der engeren Wahl. Zur zweiten Gruppe gehörten die albanischen Machthaber wie Ismail Qemali, Prenk Bib Doda und Esat Pashë Toptani. Während Prenk Bib Doda nur ein albanisches Fürstentum mit der Mirdita als Zentrum anstrebte, erhob Esat weiterhin Ansprüche auf die Herrschaft über ganz Albanien. Für die Großmächte war es ebenso schwierig wie für die Albaner selbst, sich auf einen albanischen Bewerber zu einigen. Da in diesem Kreis jede Wahl von den jeweils anderen nicht akzeptiert würde, wäre das Projekt zum Scheitern verurteilt. Zu der

müssen und zwar wahrscheinlich durch Waffenhilfe. Eine solche Kriegslage mußte für England nicht nur aus allgemeinen Gründen unheilvoll, sondern zufolge der primären aktiven Beteiligung Italiens und der Teilnahme östlicher Staaten politisch und militärisch unvorteilhaft erscheinen“ (NIEMEYER 1914: 32–33).

dritten Gruppe gehörten die Mitglieder ausländischer Fürstenhäuser aus Deutschland, Frankreich, Italien, der Türkei, Ägypten usw. (SCHMIDT-NEKE 1991: 209).

Bei der Fürstenwahl traten die Divergenzen Österreichs und Italiens deutlich hervor. Jedoch einigten sich die beiden Mächte sowie die anderen vier Mächte auf den deutschen Fürsten Wilhelm zu Wied. Seine Wahl erfolgte aus rein pragmatischen Gründen: Wied stammte aus einem Land, das die geringsten direkten Interessen in Albanien hegte, das in keiner Verbindung mit den Nachbarstaaten Albaniens stand, nicht mit dem albanischen Problem vertraut war und somit von keiner der rivalisierenden Gruppen vereinnahmt werden konnte (SCHMIDT-NEKE 1991: 210). Am wichtigsten war, dass Wied als Protestant keiner der in Albanien existierenden Religionen angehörte. Des Weiteren war er arm und deshalb auf die Unterstützung durch die Großmächte angewiesen, wodurch er leicht unter Kontrolle gehalten werden konnte. Diese Tatsachen offenbarten, dass gerade oben genannte Schwächen sowie die mangelnde politische Qualifizierung bezüglich der Balkanpolitik die ausschlaggebenden Gründe für seine Wahl waren.

Auch der deutsche Reichstag befasste sich mit der Wahl von Wied als dem neuen Herrscher Albaniens. Der sozialdemokratische Abgeordnete Wendel² kritisierte die Art und Weise des Europäischen Umgangs mit Albanien stark. Er betonte dabei, dass die Grenzen Albaniens entsprechend der Interessen der Großmächte festgelegt wurden, ohne die albanischen Forderungen zu berücksichtigen, und jetzt sollte auch noch ein deutscher Prinz den Albanern das rechte monarchische Bewusstsein beibringen: „Wie schmeichelhaft es für das offizielle Preußen ist, dass sich die Mächte einig waren: für diesen zurückgebliebensten, unzivilisiertesten, wildesten Volkstamm Europas [eignet] sich als Oberhäuptling nur ein feudaler Herr vom preußischen Kasernenhof“ (*Reichstagsprotokolle* 1912/14,13, S. 8840).

Nicht nur die Sozialdemokratische Partei, sondern fast die gesamte deutsche Politik stand der Wahl des Prinzen Wied skeptisch gegenüber. Der deutsche Staatssekretär Gottlieb von Jagow bezog keine klare Stellung, als Wied am 10. Juli 1913 dessen Meinung über seine Wahl erfahren wollte. Seine Aufgabe wurde als so schwer empfunden, dass im Reichstag mit einer gewissen Ironie geäußert wurde, dass „ein Ameisenhaufen eine bequeme und angenehme Sitzgelegenheit im Vergleich zu diesem albanischen Thron war“ (*Reichstagsprotokolle* 1912/14,13, S. 8840).

Auch Wilhelm II. war skeptisch: „(...) Sehr wenig erbaut war ich daher, als die Wahl auf den Prinzen Wilhelm zu Wied fiel. Ich schätze ihn als vornehme, ritterliche, feinfühlig Natur hoch, hielt ihn aber für jenen Posten für ungeeignet. Der Prinz war mit den Verhältnissen auf dem Balkan viel zu wenig vertraut, um diese dornenvolle Aufgabe mit Erfolg übernehmen zu können“ (WILHELM II. 1922: 136)³.

2 Hermann Wendel war einer der wenigen Reichstagsabgeordneten, der auch persönliche Balkanerfahrung und eine eigene, nämlich stark serbophile Meinung zu den balkanischen Verhältnissen hatte. Das schlägt sich auch in seiner Wortwahl im Zitat nieder. 1912 war er als Kriegsberichterstatte für den sozialdemokratischen Vorwärts in Serbien tätig, wo er die serbische Sprache und Kultur kennenlernte (siehe auch WENDEL 1922 und 1925).

3 Den Grund, warum Wilhelm II. letztendlich mit der Kandidatur Wieds einverstanden war, ist einer Nachricht der „Vossischen Zeitung“ vom 17. Februar 1914 zu entnehmen: „Was den Prinzen zu Wied anbelangt, so ist zu bemerken, dass der Kaiser für die Absicht des

Anfang Dezember 1913 erklärte Wied sich bereit, unter gewissen Bedingungen den Posten zu übernehmen. Seine wichtigsten Bedingungen waren: seine Anerkennung durch die Großmächte, die Zustimmung des albanischen Volkes durch eine Deputation und die Garantie einer Anleihe von 75 Millionen Franken durch die Großmächte, welche die Finanzierung der notwendigsten öffentlichen Arbeiten und Einrichtungen des neuen albanischen Staates garantieren sollte (WIED 1917: 15).

Inzwischen eskalierte die Lage im Südalbanien. Auch die Vorgänge im Inneren des Landes wurden immer bedrohlicher. Die Repressalien griechischer Banden gegen die albanische Bevölkerung nahmen zu. Dabei wurden sie von regulären Offizieren und Unteroffizieren der Armee geführt. Eine drohende Zersplitterung des Landes konnte nur durch eine schnelle Beseitigung dieses «fürstenlosen Zustandes» verhindert werden, schrieb Wied in seiner Denkschrift über Albanien (WIED 1917: 17). Nachdem Wied einen Vorschuss von zehn Millionen Franken empfangen hatte, kam er am 7. März 1914 in Durrës an, wo er jubelnd begrüßt wurde.

Erst nach seiner Ankunft wurde ihm die Brisanz der Lage vollkommen bewusst. Drei Aufgaben harren zunächst einer dringenden Lösung, nämlich die Organisation der inneren Verwaltung, die Regelung der Finanzen und die epirotische Frage (THOPIA 1916: 246–247)⁴. So bestimmte Wied zuerst einen Premierminister für seine Regierung. Von Österreich-Ungarn und Italien wurde ihm der 75-jährige Turhan Pascha, ein pensionierter albanischer Minister und Diplomat in türkischen Diensten, empfohlen. Gegen die Zusicherung seiner Rente erklärte sich Turhan Pascha bereit, den Posten zu übernehmen. Er war ein erfahrener Politiker, jedoch für den Posten ungeeignet. Turhan Pascha hatte als Kind Albanien verlassen und war mit der Politik seines Landes nicht vertraut. „Turhan war ein angenehmer, lebenswürdiger Greis, von höflichen Umgangsformen, jedoch wenig ausgezeichnet durch Intelligenz und Energie. Sein Charakter war weich, ängstlich und alles eher als der eines *«homme à poigne»*. Neben dem neuen Fürsten hätte es aber umso mehr einer starken Persönlichkeit bedurft, als die Schwierigkeit der zu lösenden Aufgabe die volle Energie und Tatkraft eines echten Staatsmannes verlangt hätte“ (THOPIA 1916: 246–247).

Daneben sollte ein Ministerium aufgestellt und dessen nachgeordnete Behörden eingesetzt werden⁵. Auch die Aufstellung der Gendarmerie, die Zentralisierung der

Prinzen nach Albanien zu gehen, allerdings nicht sehr eingenommen war, dass er aber die Zustimmung zu seiner Kandidatur gegeben hat, nachdem Österreich-Ungarn und Italien erklärt hatten, dass sie sich auf einen anderen Kandidaturen nicht eignen könnten. Seine Kandidatur ist überhaupt von keinen amtlichen deutschen Stellen gefördert worden. Eine Ablehnung des Vorschlages Österreich-Ungarns und Italiens aber hätte eine Lücke in dem Einvernehmen dieser beiden Mächte zueinander geschaffen, die man auf deutscher Seite nicht entstehen lassen wollte“ („Vossische Zeitung“ vom 17. Februar 1914, in: B Arch R8034/II 8478).

4 Karl Thopia war ein Pseudonym für Carl Buchberger (14. August 1887 – 6. Mai 1974), ein österreichischer Diplomat, der 1913 als Vizekonsul und Mitwirkender in der südalbanischen Grenzkommission sowie 1914 als Mitglied der Kabinettskanzlei des Prinzen Wied agierte.

5 Das Regierungskabinett setzte sich aus acht Ministern zusammen, nämlich Turhan Pasha als Ministerpräsident, Esat Pasha Toptani als Innen- und Kriegsminister, Myfit Bej Libohova als Justiz- und Religionsminister, Dr. Gaqi Adhamidhi als Finanzminister, Dr. Mihal

Finanzen sowie das Kennenlernen des Landes standen auf der Tagesordnung. Schon in den ersten Tagen muss Wied bewusst geworden sein, dass er nicht lange über dieses Land herrschen würde.

Die Voraussetzungen, unter denen die Großmächte einen albanischen Staat gründen wollten, waren viel ungünstiger als bei den anderen Balkanstaaten. Die verspätete sozialökonomische Entwicklung des Landes, die hohe Analphabierquote, die religiöse Heterogenität, das Fortbestehen der türkisch gesinnten albanischen Elite, die fehlende Infrastruktur und die Rückständigkeit der albanischen Gesellschaft sowie der Bauernaufstand in Mittelalbanien und die militärischen Auseinandersetzungen mit den Nachbarländern machten es der provisorischen Regierung unmöglich, stabile Verhältnisse zu schaffen (SCHMIDT-NEKE 1991: 220).

Die Akzeptanz und die Bereitschaft der Großmächte hielten sich bei der Gründung eines albanischen Staates in Grenzen. Die deutsche Regierung wollte sich in dieser Angelegenheit nicht einmischen und Wilhelm II. hatte dieses Ende bereits vorausgesehen, denn er äußerte sich über die Wahl Wieds: „Es war mir überhaupt unsympathisch, dass ein deutscher Fürst sich dort blamieren sollte“ (WILHELM II. 1922: 136). Diesem Gedanken folgend sah die deutsche Regierung Wied nie als einen Repräsentanten ihrer Politik.

Letztendlich trug auch Wied selbst Schuld an seinem Scheitern. Seine Unentschlossenheit, die Art seiner Führung, die sich nur auf die Rolle eines konstitutionellen Herrschers beschränkte und seinen Ministern vollständig die Staatsgeschäfte überließ, konnte in diesen chaotischen Verhältnissen kein besseres Ergebnis erzielen. Während seine Regierung nur aus Albanern bestand, beschäftigte er in seinem Hofkabinett nur Ausländer. Auch die Tatsache, dass Wied die albanische Sprache nicht beherrschte und mit «seinem Volk» entweder auf Deutsch oder schriftlich auf Albanisch kommunizierte, und das in einem Land mit einer sehr hohen Analphabierquote, führte zur Minderung seiner Popularität. Was die Albaner vom Fürsten zu Wied erwartet hatten, ist einer Äußerung Esat Paschas in dem „Berliner Lokalanzeiger“ vom 2. Juni 1914 zu entnehmen:

„Als wir einen preußischen Kavallerieoffizier zum Herrscher bekamen, da hatten wir doch erwartet, daß er zunächst allein ins Land kommen und das, was er in Potsdam gelernt, sowie das Geld, das er mitbrachte, dazu benutzen werde, um sich aus dem guten albanischen Material, das er vorfand, zunächst einmal ein Musterbataillon als Kern einer künftigen Armee zu drillen. Statt dessen scheint ihm aber mehr an Repräsentation und häuslichen Annehmlichkeiten zu liegen; er steht zu stark unter dem Einfluss seiner Gattin. Ich [Esat] weiß nicht, ob dieser Fürst bei all seiner Vornehmheit und Loyalität das ist, was wir brauchen“ (B Arch R8034/II 8479).

Eine kritische Stellung gegenüber Wied nahm auch die zeitgenössische deutsche Presse ein. In der „Berliner Neueste Nachrichten“ stand am 25. Mai 1914:

„Man kann sich des peinlichen Eindrucks nicht erwehren, das Verhalten des Fürsten Wilhelm von Albanien in diesen kritischen Tagen ist kein solches, das geeignet wäre,

Turtulli als Unterrichts- und Gesundheitsminister, Aziz Pasha Vrioni als Minister für Handel und Landwirtschaft, Preng Bib Doda Pasha als Minister für Öffentliche Arbeiten und Hasan Prishtina als Minister für Post- und Fernmeldewesen (SCHMIDT-NEKE 1987: 36).

ihm die Achtung seines Landes und Europas zu erwerben. Er hat es gewiß nicht leicht in dem neugebackenen Fürstentum, dem alle Elemente staatlicher Kultur fehlen und vielleicht übersteigt die Rolle eines erfolgreichen Fürsten von Albanien überhaupt die Kräfte eines Menschen. Aber zu allen Schwierigkeiten, die in der Sache liegen, kommen leider bedauerliche Mängel, die im Charakter des Fürsten zu liegen scheinen. Die kopflose Flucht auf ein italienisches Kriegsschiff, auf welche schon nach wenigen Stunden die Rückkehr an Land folgt, die energische Verhaftung und Verbannung Essad Paschas und gleich darauf das völlige Zukreuzekriechen vor den Aufrührern, das alles mutet nicht erhehend an. Dazu der häßliche Hofklatsch, der Zank zwischen den aufeinander eifersüchtigen, untergeordneten Chargen, der mindestens beweist, daß Fürst Wilhelm die eigentliche Menschenkenntnis fehlt, daß er von widersprechenden Einflüssen und Stimmungen hin und her hergetrieben, die sichere Linie eines zielbewußten und charaktervollen Verhaltens in schwierigen Lagen nicht einzuhalten vermag. Unter den Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn der allgemeine Pessimismus hinsichtlich des Ausgangs seines albanischen Abenteuers mächtig ins Kraut schießt“ (B Arch R8034/II 8479).

Die Versuche Wieds einer Rückkehr nach Albanien

Zwei Monate nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurde Wied klar, dass er Albanien verlassen sollte: „Allein den Intrigen Italiens ausgeliefert, ohne auf die Unterstützung Deutschlands und Österreich-Ungarns rechnen zu können, nur mit einer kleinen, mangelhaft bewaffneten Schar Albaner, hätte ich nicht die geringste Aussicht gehabt, den Serben und Montenegrinern, sowie den italienischen Schiffsgeschützen Widerstand leisten zu können“ (WIED 1917: 48).

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland bat Wied Kaiser Wilhelm II. um eine Anstellung als Offizier in der Armee. „Die deutschen Prinzen, soweit sie dienstfähig sind, haben ihren Platz während der Dauer des Krieges in der deutschen Armee“ äußerte sich Wilhelm II. (PA/AA, R 4299). Er diente als Major *à la suite* bis zum Kriegsende an der Front. Wied wollte die Optionen seiner Rückkehr in Albanien offen halten und suchte zunächst das Gespräch mit dem Staatssekretär Jagow. Jagow konnte die Absicht Wieds zwischen den Zeilen lesen und schrieb unter anderem an Wied: „Nachdem Ihre Herrschaft in Durazzo zunächst einmal durch den Weltkrieg ein Ende gefunden hat, würde ich – falls Sie überhaupt noch an eine Rückkehr denken – die Ereignisse abwarten, denn zu einer Rückeroberung scheinen mir, vorderhand wenigstens, alle Bedingungen und Elemente zu fehlen“ (PA/AA, R 4299).

Als im Frühjahr 1915 ein neuer österreichisch-deutscher Angriff gegen Serbien geplant wurde, ergriff Wied die Chance und wandte sich in einem Schreiben vom 24. Februar 1915 an Kaiser Wilhelm II. mit der Bitte, ihm das Oberkommando der gegen Serbien bestimmten Armeen zuzuteilen. Auch das österreichische Außenministerium begrüßte zunächst diesen Plan und Kaiser Wilhelm II. versicherte, dass er sich diesbezüglich nach den Wünschen Österreichs richten würde (PA/AA, R 4299). Jedoch verschlechterten sich die österreichisch-italienischen Beziehungen derart, dass mit einem Krieg zwischen den beiden Ländern gerechnet werden musste und deswegen an eine zweite Offensive gegen Serbien vorerst nicht zu denken war. Als aber später die deutsch-österreichisch-ungarische Offensive tatsächlich beschlossen wurde, hielt es die Regierung der Donaumonarchie nicht mehr für nötig, Wied mit dem Oberkommando der Armeen zu betrauen. Österreich hatte inzwischen fast zwei Drittel Alba-

niens besetzt und brauchte nicht mehr die eigenen Interessen im Lande durch Dritte zu verteidigen.

Im Frühjahr 1918 sah Wied die politische Lage derart gestaltet, dass er von Wilhelm II. seine Entlassung aus der Armee verlangte, um sich vollkommen der Arbeit für „sein Land“ vollkommen widmen zu können. Zur Rechtfertigung seines Handelns schrieb er an Wilhelm II:

„Ich hatte sowohl Eurer Majestät Regierung als auch der österreichisch-ungarischen Regierung den Vorschlag unterbreitet, durch Aufruf meiner Albaner zu den Waffen gegen die Italiener, die österreichisch-ungarische Front durch eine albanische Armee von mindestens 50 000 Mann zu unterstützen. (...) Nach unzweifelhaften Nachrichten aus Albanien hängt der weitaus größte Teil der Albaner in unentwegter Treue mir an und erwartet sehnsüchtig meine Rückkehr“ (PA/AA, R 4299).

Eine Antwort vom Kaiser bekam Wied bis zum Kriegsende nicht. Doch auch nach dem Krieg führte er noch Verhandlungen mit den Serben, die einer Rückkehr des Fürsten nach Albanien wohlgesonnen gegenüber standen. Sein Plan hatte jedoch einen Haken: Wied hatte kein Geld. Für die Finanzierung seiner Rückkehr war er bereit, die albanischen Kohle-, Kupfer-, Zinkvorkommen sowie Zölle usw. zu verpfänden. Wied versuchte auch mit einem amerikanischen Konzern, eine Anleihe von über zehn Millionen Dollar abzuschließen. Dem Konzern sollte neben der Verzinsung als Sondervergütung zudem das Monopol eingeräumt werden, in Albanien Kinos zu errichten und Filme aufzunehmen (PA/AA, R 4299). Gegen Zahlung einer bestimmten Summe in die albanischen Fonds wären auch gewisse Titel, wie z.B. der eines albanischen Geheimen Kommerzienrates, zugänglich (PA/AA, R 4299).

Trotz seiner Bemühungen gelang es ihm nicht, den Thron in Albanien wieder zu erklimmen. Die gesamtpolitische Situation in Europa hatte sich geändert. Seine sechsmonatige Erfahrung als Herrscher in Albanien hatte gezeigt, dass der Aufbau des Staates Albanien nicht durch die Einrichtung einer Xenokratie möglich war. Seine Zeit war abgelaufen und er konnte nichts anderes tun, als sich enttäuscht über die europäischen Staaten zu beklagen⁶. Mehr noch aber war er von seinem Land enttäuscht: „England schickt für jeden Koch oder Hausknecht, dem im Ausland ein Haar gekrümmt wird, ein Kriegsschiff“, schrieb er im Sommer 1918 an seinem Bruder, dem deutschen Gesandten in Schweden, „und was macht Deutschland für seinen Prinzen im Auslande?“ (SCHMID: BZ, 28.06.1997).

Es ist ein Paradox der Geschichte, dass Wied der jüngste Monarch in Europa und zugleich der Erste war, dem der Weltkrieg die Macht aus der Hand riss. 1920–1944 lebte Wied mit seiner Familie in Bayern, Schlesien und später auf einem Landgut an der rumänischen Moldau. Als die Rote Armee in Rumänien stand, flüchtete er, inzwi-

6 Fünfzehn Jahre später, am 12. Dezember 1929, schrieb Wilhelm zu Wied an Rudolph Nadolny: „Wenn ich jetzt nach fünfzehn Jahren die Ereignisse wieder durchlese, so ist mir natürlich klar, dass ich vieles anders und besser hätte machen sollen. Aber jeder wird doch zugeben müssen, dass die Lage damals in Albanien nicht einfach gewesen ist. Es sind wohl auch gerade diejenigen, die am wenigsten sich mit den dortigen Verhältnissen vertraut gemacht haben, die die schärfsten und ansprechendsten Urteile über meine damalige Tätigkeit abgegeben haben“ (PA/AA, Nachlass von Rudolph Nadolny).

schen verwitwet, mit seiner Tochter in ein Sommerschloss des rumänischen Königs in die Karpaten. Er starb drei Wochen vor Kriegsende. Sein Grab wurde 1991 in der Lutherischen Kirche von Bukarest entdeckt. Während der kommunistischen Zeit war es unter einer hölzernen Verschalung versteckt worden (SCHMID: BZ, 28.06.1997).

Die deutschen diplomatischen Vertretungen in Tirana 1922–1944

Nachdem die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan am 9. November 1921 in Paris Albanien als souveränen und unabhängigen Staat anerkannt hatten, ersuchte der albanische Außenminister Fan Noli am 28. Januar 1922 das Auswärtige Amt um die völkerrechtliche Anerkennung Albaniens. Nach vier Monaten teilte die deutsche Regierung dem albanischen Außenminister in einer Note vom 19. Mai 1922 die völkerrechtliche Anerkennung Albaniens mit, und traf gleichzeitig die notwendigen Maßnahmen für die Errichtung einer deutschen diplomatischen Vertretung in Tirana.

Als ersten Gesandten in Albanien bestimmte das Auswärtige Amt den Gesandtschaftsrat Radolf von Kardorff (DORNFELD/SEEWALD 2009: 13). Die Eröffnung der Gesandtschaft war nicht nur die Folge einer rein formalen diplomatischen Notwendigkeit. Anfang der 1920er Jahre befand sich Albanien in einer Phase politischer Konsolidierung und wirtschaftlicher Entwicklung und bot deutschen Privatunternehmen gute Geschäftsmöglichkeiten. Diesbezüglich informierte das Auswärtige Amt Kardorff wie folgt:

„(...) Eine ganze Reihe von Projekten befinden sich in Vorbereitung. Infolgedessen durften wir dem Drängen dieser Kreise nicht länger uns widersetzen und mussten als deutschen Vertreter eine Persönlichkeit gewinnen, von der man erwarten kann, dass sie mit Lust und Liebe in dieses Neuland hinuntergeht und den Wünschen unserer deutschen Wirtschaftspioniere verständnisvolle Förderung entgegenzubringen in der Lage ist“ (DORNFELD/SEEWALD 2009: 13).

Wie oben erwähnt, gab es für die deutsche Regierung genügend Gründe für die Einrichtung einer diplomatischen Vertretung in Albanien. Albanien stand in dieser Zeit im Fokus der europäischen Politik. Die Balkanpolitik, die Adriafrage, die Mächtegruppierung im Mittelmeer sowie andere politische Fragen von großer Tragweite erforderten dauernd eine aufmerksame Beobachtung der Politik im Lande. Aber auch die Tatsache, dass andere Staaten bereits diplomatische Vertretungen in Albanien eingerichtet hatten, spielte eine Rolle. Im Jahr 1922 residierten in Tirana die Gesandten Italiens, Jugoslawiens und der USA. Die anderen Vertretungen hatten ihren Sitz noch in Durrës oder Shkodra.

Mit der Unterstützung des albanischen Außenministeriums mietete Kardorff zunächst ein Gebäude in der „Rruga e Mësuesit“ (Lehrerstraße) in Tirana, das gleichzeitig als diplomatische Residenz und Wohnung diente. Bezeichnend ist die Tatsache, dass Kardorff sein notwendiges Budget selbst berechnen sollte. Die wirtschaftliche Instabilität des Landes und die ständigen Teuerungen erschwerten dem Auswärtigen Amt die Berechnung einer genauen Summe, die für die Erhaltung der diplomatischen Vertretung in Tirana nötig wäre. Umgerechnet entsprach das Gehalt der Gesandten in Tirana etwa den Bezügen des Botschafters in London. Obwohl die albanische Hauptstadt in dieser Zeit mehr einem „großen Dorf“ ähnelte, war Tirana eine teure

Stadt, nach Meinung des Zeitzeugen Eqrem bej Vlora gar eine der teuersten Städte der Welt (VLORA 1973: 217–218).

Als sich die politische Lage in Albanien 1925 einigermaßen stabilisiert hatte, entschied Reichspräsident von Hindenburg und Reichsaußenminister Stresemann, den Geschäftsträger Kardorff zum deutschen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Tirana zu ernennen. Kardorff blieb in Tirana bis zum 28. Januar 1929 und wurde dann durch Siegfried Hey ersetzt. 1930 wurde die Gesandtschaft aus Kostengründen wieder zu einem Konsulat umgewandelt. Als Nachfolger von Hey wurde Erich von Luckwald nach Tirana geschickt, der ab 1931 zunächst Konsul war und am 13. Januar 1932 zugleich zum Geschäftsträger in Tirana ernannt wurde. 1934 wurde das Konsulat wieder in eine Gesandtschaft umgewandelt. Sie wurde bis zum 20. November 1936 von Erich von Luckwald geführt, der einen großen Beitrag für die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern leistete. Luckwald wurde von Eberhard von Pannwitz ersetzt. Nach der italienischen Besetzung Albaniens am 9. April 1939 wurde die deutsche Gesandtschaft in Tirana in ein Generalkonsulat umgewandelt. Am 18. Dezember 1941 löste Generalkonsul Martin Schliep von Pannwitz ab. Ersterer blieb bis Ende 1944 in Albanien und wurde zur zentralen Figur der deutschen Besatzungszeit in Albanien in den Jahren 1943–1944.

Die Problematik der Eröffnung einer albanischen diplomatischen Vertretung in Berlin

Die ersten deutschen Archivadokumente, die Auskunft über die Eröffnung einer albanischen diplomatischen Vertretung in Berlin geben, sind aus dem Jahr 1927. Am 5. August 1927 schrieb Kardorff an das Auswärtige Amt:

„Kürzlich war beim Staatspräsidenten wieder die Rede von der Errichtung einer albanischen Gesandtschaft in Berlin. Ahmet Zog sagte mir, er hoffe noch in diesem Jahr wegen Einholung des Agreements für den augenblicklichen Gesandten in Washington, Faik Konica, an uns herantreten zu können. Er beabsichtigte, den Gesandten, mit dem Sitz in Berlin, auch in Wien und Bern zu beglaubigen“ (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 956).

Faik Konica (zu Konica siehe IKONOMI 2011; ELSIE 2000) galt unter seinen Landsleuten als der intelligenteste, gebildetste und der urteilsfähigste. Allerdings hatte er sein Land seit Jahren verlassen und befand sich in den USA als Gesandter. Demzufolge hatte er, so Kardorff, die komplizierte Entwicklung seines Landes in den letzten Jahren nicht aus eigener Anschauung verfolgen können. Die Tatsache, dass Ahmet Zogu seinen besten Diplomaten aus den USA zurückziehen und nach Berlin schicken wollte, zeigt, dass die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Deutschland für den Staatspräsidenten in dieser Zeit wichtig war. Die Kandidatur Konicas wurde aber schnell vergessen. Höchstwahrscheinlich war auch Konica selbst aus persönlichen Gründen dagegen. An dessen Stelle sollte Eqrem Vlora (zu Vlora siehe KALESKI 1981: 425–428) antreten. Er beherrschte die deutsche Sprache und war gebildeter als der Durchschnitt der leitenden albanischen Kreise. Zudem galt er als einer der besten Kenner seines Landes (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 1151).

Dieser Plan, obwohl er auf den ersten Blick einen soliden Eindruck machte und vom Staatspräsidenten selbst entworfen war, entsprach jedoch nicht ganz den Vorstellungen der albanischen Regierung. Einige Zeit nach seinem Gespräch mit Ahmet Zogu meldete Kardorff, dass die albanische Regierung beabsichtige, das Konsulat in Wien in eine Gesandtschaft umzuwandeln. Das Berufskonsulat wurde vom Çatin Saraçi geführt. Saraçi gehörte zu den engsten Freunden Zogus und war mit ihm über geheime und dunkle Kanäle verbunden (siehe auch SARAÇI 2006). Es war aber nicht bekannt, ob der Konsul Saraçi, „der sein Amt zu allerlei merkwürdigen Geschäften missbraucht“ (PA/AA, ADGT, P. III, Bericht Nr. 206), auch den neuen Posten in Wien bekleiden würde. Die neue Gesandtschaft sollte zudem für Berlin, Prag und Budapest zuständig sein. Der neue Plan widersprach der früheren Absicht des Königs Zog und erklärte sich nach deutscher Interpretation daraus, dass „den neuen albanischen Vertretern durch Saraçi gut vorbereitete Pfründe zu allerhand Nebengeschäften verschafft werden sollte“ (PA/AA, ADGT, P. III, Bericht Nr. 206).

Kurze Zeit später hieß es, dass Eqrem Vlora den Posten übernehmen sollte. Inzwischen unternahm die albanische Regierung aber einen anderen Schritt und schickte Eqrem Vlora als Gesandten nach London. Diese Handlungsweise war nicht nachvollziehbar, denn König Zog hatte ihn vorher offiziell benachrichtigen lassen, dass er ihn für den Posten in Berlin vorgeschlagen hatte.

Genau wie die meisten anderen Repräsentanten der politisch mächtigen Familien des albanischen Grundadels konnte Eqrem Vlora nicht gerade als ein Anhänger von Ahmet Zogu betrachtet werden. Die Bedrohung ihrer unter dem türkischen Regime zum größten Teil erworbenen Besitzrechte durch die Revolutionsregierung Fan Nolis im Jahre 1924 hatte diese Adelsschicht ins Lager Ahmet Zogus getrieben. Nachdem Zogu aber seine Herrschaft gefestigt hatte, eliminierte er systematisch ihren politischen Einfluss. So sah sich ein Teil des albanischen Adels gezwungen, nun die Nähe zu Italien zu suchen. Italien nutzte diese Chance als Gegengewicht gegen den nicht immer hinreichend zur Zusammenarbeit bereiten Ahmet Zog (PA/AA, ADGT, PIII, Bericht Nr. 632).

Diese Handlung der albanischen Regierung bzw. des Königs Zog ist in erster Linie auf den Druck der italienischen Gesandtschaft zurückzuführen. Die Italiener waren gegen die Eröffnung einer albanischen diplomatischen Mission in Berlin, weil sie eine Zunahme wirtschaftlicher und politischer Interessen Deutschlands in Albanien fürchteten. Ein häufiger Meinungswechsel war typisch für König Zog. „Für ihn ist entscheidend nicht was er sagt, sondern was er tut“ schrieb der Gesandte Mackensen an das Auswärtige Amt (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 875). Wenn man die Mechanismen, auf die König Zog seine Macht aufgebaut hatte, und die Komplexität der albanischen Gesellschaft betrachtet, lässt sich feststellen, dass Zog ein Gleichgewicht zwischen seinen Anhängern und seinen Feinden zu halten versuchte (FISCHER 1984, SCHMIDT-NEKE 1987). Insofern gab er jedem sein Wort – daran gehalten hat er sich aber selten.

Die Diskussion über die Wahl des albanischen Gesandten in Berlin ging weiter, und zwar oft in Form von Gerüchten. In diesem Rahmen wurde spekuliert, dass das albanische Parlament bald der Eröffnung einer albanischen diplomatischen Vertretung für Berlin, Wien, Bern und Prag, aber mit dem Hauptsitz in Wien, zustimmen würde.

Dieses Mal hatte König Zog für den Gesandtenposten einen Angehörigen seines Vertrauenskreises, Jak Koçi, vorgesehen (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 604). Um dieser Entscheidung zuvorzukommen, sprach Mackensen mit dem Außenminister Rauf Fico und seinem Generalsekretär Xhaferr Vila. Mackensen konnte dabei erkennen, dass der Minister mit einer starken Gegenströmung zu kämpfen hatte, die den ständigen Sitz der Gesandtschaft – vielleicht im Zusammenhang mit der Kandidatur Koçis – nach Wien legen wollte. Er nannte während des Gespräches zwar nicht dessen Namen, aber seine Andeutungen ließen den Schluss zu, dass mindestens starke Versuche im Gange waren, den König zu Gunsten einer bestimmten Persönlichkeit und ihrer Wünsche für Wien zu gewinnen (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 604).

Am 18. Juli 1929 unterrichtete Außenminister Fico Mackensen offiziell über die Entschlossenheit der albanischen Regierung, eine Gesandtschaft für Mitteleuropa einzurichten. Der Stelleninhaber sollte in Berlin, Wien, Prag und Budapest beglaubigt werden (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 604). Da bei der albanischen Regierung die Befürworter Wiens jedoch zu stark waren, schlug Fico eine elegante Lösung vor. Die Stelle des Gesandten sollte so eingerichtet werden, dass dem Gesandten überhaupt keine permanente Residenz zugewiesen werden sollte. Der Gesandte sollte vielmehr an jedem der vier Regierungssitze gleichmäßig jeweils zwei bis drei Monate im Jahr amtieren. Diese Lösung war vor allem auch durch die finanziellen Verhältnisse des Landes geboten. Die Regierung war nicht in der Lage, die Einrichtung und den Unterhalt von vier diplomatischen Vertretungen zu finanzieren. Dem Gesandten wurde ein Budget zur freien Verfügung gestellt, aus dem er die Ausgaben an allen vier Orten einschließlich der Kosten für seine dortigen ständigen Dienstzimmer zu bestreiten hatte (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 604).

Der Außenminister Fico hielt es für wichtig, die Meinung der deutschen Regierung zu seinem Vorschlag zu erfahren. Berlin war für ihn nicht nur das Zentrum der Diskussion zur Frage der albanischen Minderheiten, sondern als erfahrener Diplomat und Politiker bemühte er sich überdies um korrekte diplomatische Beziehungen mit der deutschen Regierung. Hinzu kam die Tatsache, dass Deutschland, im Unterschied zu einigen anderen europäischen Staaten, schon seit Jahren eine diplomatische Mission in Albanien unterhielt. Die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der Beziehungen mit Deutschland wurde auch dadurch betont, dass er – falls für die deutsche Regierung nur eine Gesandtschaft mit dem Hauptsitz in Berlin in Frage kommen sollte – auf die Einrichtung der Gesandtschaft lieber gänzlich verzichten wollte:

„So unangenehm das auch in anderer Hinsicht sein könne, – er wies dabei insbesondere auf die etwa 250 albanischen Studenten in Österreich hin, für die eine Vertretung in Wien nötig sei – lieber überhaupt auf die Errichtung einer Gesandtschaft für Mitteleuropa bis auf Weiteres verzichten, ehe er einen Akt vornehme, der bei uns auch nur entfernt als eine nicht genügende Rücksichtnahme auf die Stellung des Reiches angesehen werden könnte“ (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 604).

Es gab keinen ersichtlichen Grund, warum die deutsche Regierung gegen diesen Plan Einspruch erheben sollte. Obwohl Deutschland mit Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei gleich behandelt wurde und keinen Vorzug genoss, war das albanische Außenministerium bereit, auf die Eröffnung einer diplomatischen Vertretung in Wien zu verzichten. Die Einrichtung einer Gesandtschaft in Wien wäre unter diesen

Umständen aber eine logische und notwendige Entscheidung gewesen. Die deutsche Regierung hatte nichts gegen ein solches Vorgehen, solange nicht die Gefahr bestand, dass Wien zum Zentrum der albanischen Diplomatie in Mitteleuropa wurde. Das Auswärtige Amt ließ Mackensen wissen: „Gegen albanischen Vorschlag keine Bedenken falls Gewähr dafür vorhanden, dass Gesandter nicht größeren Teil des Jahres in Wien verbringt (...)“ (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 805).

Einen neuen Schub bekam der Plan der albanischen Regierung Anfang der 1930er Jahre. Die Beziehungen zwischen Zogu und Italien steckten in der Krise, denn Zogu weigerte sich, den Ersten Tirana-Vertrag von 1926 (ZAMBONI 1970: 19–26; KACZA 2007: 83–87) zu verlängern. 1931 holte sich Italien die nächste Abfuhr, als es Albanien erfolglos für eine Zollunion zu gewinnen suchte⁷. Anfang 1933 schloss Albanien zudem alle Privatschulen, womit der italienische Kultureinfluss empfindlich geschmälert wurde (OSCHLIES 1987: 10). Italien reagierte darauf mit wirtschaftlichen und militärischen Repressionen, erreichte jedoch nur, dass König Zog vergeblich die Beziehungen mit anderen Ländern Europas zu verstärken versuchte. Es zeigte sich, dass er außenpolitisch isoliert war, dass die europäischen Mächte Italiens Vorzugstellung in Albanien akzeptiert hatten und Albanien als Außenposten Italiens betrachteten (BARTL 1995: 220).

In diesem Rahmen reaktivierte König Zog seine alten Pläne für die schon mehrmals verschobene Eröffnung einer albanischen Gesandtschaft für Mitteleuropa mit dem Hauptsitz in Berlin. Dieses Mal gab es jedoch Anzeichen, dass er es ernst meinte. Die Gesandtschaft Berlin sollte der Gesandtschaft in Paris gleichgestellt werden. Angesichts der fehlenden finanziellen Mittel für den Unterhalt der neuen Vertretung entschied sich König Zog dazu, die albanischen diplomatischen Vertretungen in Ankara und Sofia zu schließen (PA/AA, R 72443). Der Grund dieser Entwicklung war in erster Linie nicht nur auf einen rein politischen Utilitarismus, sondern auch auf die persönliche Sympathie Zogs für Hitler und das Reich zurückzuführen. So bat König Zog den Gesandten Luckwald im Januar 1934, „dem Herrn Reichskanzler seine tiefe Bewunderung und Zuneigung sowie die schrankenlose Anerkennung für alle Regierungsmaßnahmen des letzten Jahres zu übermitteln“ (PA/AA, ADGT, Bericht 27.01.1934).

Bedeutungsvoll erscheint auch der Umstand, dass König Zog den Beschluss zur Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Berlin zwei Tage nach der Unterzeichnung des Balkanpakts befohlen hat (siehe auch SEEWALD 1995). Die Pflege und der Ausbau der Beziehungen Albaniens mit den mitteleuropäischen Staaten sollte zugleich als Gegengewicht zum Balkanpakt dienen. Die Reichsregierung ging jedoch nicht in diese Falle, denn ihr war nicht daran gelegen, durch diese politische De-

7 Zog war zwar mit italienischer Unterstützung König geworden, er versuchte aber, sich von der italienischen Umklammerung zu befreien oder zumindest zu lockern. Rom war durch diese Demonstration der Eigenständigkeit Zogs verärgert und begann das Projekt einer Zollunion zu entwickeln, um Albanien noch enger an sich zu binden. Eine Zollunion war für Albanien finanziell nicht tragbar, da der größte Teil des albanischen Außenhandels über Italien lief und die Zölle etwa ein Viertel der albanischen Staatseinnahmen ausmachten. König Zog weigerte sich trotz massiven italienischen Drucks, sich auf eine Zollunion einzulassen, worauf Italien schließlich im Januar 1933 auf das Projekt verzichtete (BARTL 1995: 219).

monstration des Königs Zog in die Balkanpolitik eingespannt zu werden. Diesbezüglich nahm das Auswärtige Amt wie folgt Stellung: „(...) bei aller Würdigung der Sympathien des Königs für Deutschland und bei dankbarer Anerkennung für das Entgegenkommen, (...) und bei Wahrnehmung der deutschen Interessen (...) möchten wir doch nicht Berlin zum Zentrum der albanischen Betätigung gemacht wissen“ (PA/AA R 72443).

Überdies wollte Berlin die voraussichtliche Verärgerung der Türkei und Bulgariens, in denen die bisherigen albanischen Gesandtschaften geschlossen werden sollten, nicht auf seinem Konto verbucht sehen (PA/AA R 72443). Es erschien dem Auswärtigen Amt auch nicht wünschenswert, „dass das schon zum Wasserkopf ausgeartete hiesige diplomatische Korps noch durch eine kleine exotische Gesandtschaft erweitert wurde“ (PA/AA R 72443).

Die Eröffnung einer albanischen Gesandtschaft in Berlin im Jahre 1934 wurde durch die Intervention des italienischen Botschafters Cerutti verhindert, der im Auswärtigen Amt gegen die Eröffnung Protest einlegte. Diese Intervention gab Reichsminister Freiherr von Neurath Anlass, den deutschen Geschäftsträger in Albanien, Luckwald, persönlich anzuweisen, in dieser Angelegenheit nichts zu unternehmen bzw. sie zu verzögern (PA/AA R 72443). Demzufolge stagnierten die Pläne zur Eröffnung einer albanischen Gesandtschaft in Berlin bis 1936, teils weil Luckwald bei jeder passenden Gelegenheit der albanischen Regierung davon abriet und teils wegen Geldmangels. Hinzu kamen noch die innenpolitischen Schwierigkeiten des Jahres 1935. Das Parlament verweigerte dem König Zog die bisherige bedingungslose Gefolgschaft. Einige Adlige aus Südalbanien wagten unter der Führung von Nuredin Bei Vlora sogar den Aufstand. Um seine Krone nicht zu verlieren, näherte sich Zog Italien wieder an (OSCHLIES 1987: 10).

1936 wurde in Albanien das sogenannte „deutsches Kabinett“ des Ministerpräsidenten Mehdi Frashëri gebildet. Bezeichnend für dieses Kabinett war, dass viele Regierungsmitglieder die deutsche Sprache beherrschten und mit der deutschen Kultur vertraut waren. Damit beabsichtigte König Zog, die deutschen Aktivitäten im Land zu beleben und ein Gleichgewicht der albanisch-italienischen Beziehungen zu erreichen. Auch die albanischen gebildeten Schichten wünschten sich eine Annäherung Albaniens an Deutschland. Die politischen Neuigkeiten aus Deutschland wurden mit großem Interesse verfolgt. Nicht nur die Machtergreifung Hitlers, sondern auch der Tod Hindenburgs 1934 wurde in der Stadt durch Lautsprecher mit deutschen Kommentaren bekannt gegeben (PA/AA, Nachlass Erich von Luckwald, S. 37). Was allerdings bei König Zog und überall in Albanien am meisten für Begeisterung sorgte, war die Eingliederung des Saargebietes 1935 in das Deutsche Reich. Dies begründete sich vor allem dadurch, dass diese Entwicklung aus albanischer Sicht auch die Wiedervereinigung der albanischen Gebiete unterstützte.

Im Jahre 1936 äußerte der albanische Außenminister Fuad Asllani gegenüber dem Gesandten Luckwald wiederholt die Absicht des Königs, eine albanische diplomatische Mission in Berlin eröffnen zu wollen. Gemäß den Anweisungen des Auswärtigen Amtes sollte Luckwald erneut versuchen, diese Aktion zu stoppen. Für die unangenehme Rücksprache wählte er Ministerpräsident Frashëri aus und versuchte, ihm die Haltung der deutschen Regierung verständlich zu machen. Die Reichsregierung könne nicht anders handeln, denn die Empfindlichkeit der italienischen Regierung in

dieser Frage sei sehr groß. In gleicher Sache wies der Staatssekretär Weizsäcker die Gesandtschaft Tirana wiederholt an: „[...] Bitte im Übrigen um vollste Zurückhaltung. Sie werden keinerlei Akt oder Geste vorzunehmen haben, welche unsere uneingeschränkte Billigung italienischen Vorgehens in Zweifel stellen könnte“ (ADAP, Serie D, Band VI, Dokument Nr. 166).

Diese Problematik verstand auch Ministerpräsident Frashëri, der allerdings dringend darum bat, dass „Deutschland sich in seinen politischen Entschlüssen gegenüber Albanien nicht durch dritte Mächte beeinflussen lassen möge“ (PA/AA R 72443). Die Reichsregierung ließ jedoch durch ihre konstante Stille in Bezug auf Italiens Albanienpolitik verstehen, dass sie die italienischen Interessen in Albanien akzeptierte (KÜHMEL 1981: 81–83).

Am 10. Oktober 1936 bat die albanische Regierung Luckwald erneut, das Auswärtige Amt zu benachrichtigen, dass „der König den Wunsch habe, für Deutschland und zunächst für Österreich eine Albanische Gesandtschaft mit Sitz in Berlin zu errichten“ (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 806). Gleichzeitig mit dem Einverständnis der Deutschen Regierung zu diesem Schritt war auch das Agreement für den bisherigen Generalsekretär des albanischen Außenministeriums, Eqrem Vlora, einzuholen. Trotz der Erteilung des Einverständnisses für Eqrem Vlora durch die deutsche Regierung dauerte es noch einige Zeit, bis der erste albanische Gesandte nach Berlin kommen sollte. Der deutsche Gesandte Pannwitz fragte in dieser Sache auch nicht weiter nach, da die Eröffnung der albanischen Gesandtschaft in Berlin von der deutschen Regierung weiterhin nicht erwünscht war. Offiziell konnte sie jedoch keine negative Antwort geben.

Der Grund für die Verspätung war unter anderem, dass König Zog seine Meinung über die Person des Gesandten inzwischen wieder geändert hatte. Anstelle von Eqrem Vlora bevorzugte Zogu jetzt seinen Kulturminister Nush Bushati. Diese Wahl fand jedoch bei Pannwitz keine Zustimmung. Als Bushati sich Mitte der 1920er Jahre in Wien aufhielt, war er Sekretär von Fan Noli gewesen, nachdem dieser Albanien 1924 hatte verlassen müssen. Bushati hatte in Wien als Verbindungsmann zwischen Noli und der sowjetischen Botschaft fungiert. Aus deutscher Sicht waren daher die Bedenken gegenüber Bushati durchaus begründet (PA/AA, ADGT, Bericht Nr. 409).

Diese Personalpolitik des Königs Zog und seiner Regierung in Bezug auf die Wahl des albanischen Gesandten, die von Intrigen beherrscht war, passte sehr gut zur deutschen Albanienpolitik. Einerseits hatte die deutsche Regierung im Jahr 1936 das Einverständnis für Eqrem Vlora erteilt und somit offiziell ihre Bereitschaft für die weitere Pflege der bilateralen Zusammenarbeit bestätigt. Andererseits war ihr aber an einer baldigen Eröffnung der albanischen Gesandtschaft in Berlin gar nicht gelegen.

Das Tauziehen nahm im Herbst 1938 ein Ende. In August ernannte König Zog den ehemaligen Außenminister Rauf Fico zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin. Am 21. November 1938 wurde Fico auf dem Berghof (Obersalzberg) bei Berchtesgaden von Hitler empfangen und überreichte ihm sein Beglaubigungsschreiben (PA/AA, ADGT, Protokoll 13874 I 4 Fico).

Gewiss hatten die schlechten diplomatischen Fähigkeiten König Zogs diese Entwicklung verzögert, aber hauptsächlich lag es an der starken Einmischung der italienischen Politik in albanische Staatsangelegenheiten, dass die Eröffnung der albanischen Gesandtschaft erst zehn Jahre später als ursprünglich beabsichtigt erfolgte.

Rauf Fico trat seinen Posten erst an, nachdem er auch die Genehmigung des italienischen Gesandten in Tirana erhalten hatte (PA/AA, ADGT, PIII, Bericht Nr. 22). Italien hatte Albanien zu diesem Zeitpunkt schon fest in der Hand und fürchtete nichts mehr, als dass eine Annäherung Albaniens an Deutschland seine Pläne für die Eroberung Albaniens jetzt noch gefährden könnte.

Fico übte seine Tätigkeit als Minister für nur neun Monate aus. Wenige Wochen nach der am 7. April 1939 eingeleiteten Besetzung Albaniens teilte der von den Italienern eingesetzte albanische Außenminister Xhemil Dino am 26. April 1939 Pannwitz mit, dass die albanische Regierung beabsichtige, Fico zurückzurufen und – wie es vor drei Jahren bereits geplant war – an dessen Stelle Eqrem Vlora zu entsenden, sobald die neue Verfassung Albaniens als Teil der italienischen Personalunion verabschiedet sei. Laut der am 3. Juni 1939 vom neuen „gemeinsamen“ italienischen König oktroyierten neuen Verfassung sollte die albanische Diplomatie aber nun zentral von Rom geführt werden. Demzufolge meldete der Gesandte Fico am 6. Juni 1939 die albanische diplomatische Gesandtschaft in Berlin beim Reichsminister von Ribbentrop ab.

Nachdem Italien im September 1943 kapitulierte und die deutsche Wehrmacht Albanien besetzte, entschied sich die albanische Regierung, Rrok Gera als außerordentlichen Gesandten nach Berlin zu entsenden. Die Entsendung fand aber nie statt. Obwohl die Reichsregierung während der 14-monatigen Besatzungsherrschaft in Albanien die Existenz eines unabhängigen großalbanischen Staates propagierte, hat sie ihn *de facto* niemals anerkannt (KASMI 2013: 27–30).

Die deutsch-albanischen wirtschaftlichen Beziehungen

Im Gegensatz zur politischen Bedeutung Albaniens aufgrund seiner geostrategischen Lage, trat Ende der zwanziger Jahre die wirtschaftliche Bedeutung des unerschlossenen und unentwickelten Albaniens für die anderen europäischen Länder vorläufig zurück. Der Petroleumrausch der Jahre 1924–1925 war verflogen, nachdem die Engländer und die Italiener ohne wesentliche Resultate gebohrt hatten (PA/AA, ADGT, Politisch und Wirtschaftlich, 23. Januar 1929).

Für die deutsche Wirtschaft kam hauptsächlich der Export von Industrieerzeugnissen in Betracht. Die Handelsbeziehungen mit Albanien wurden durch ein Meistbegünstigungsabkommen gefördert. Das deutsch-albanische handelspolitische Verhältnis war durch den Notenwechsel vom 4. und 14. August 1926 in dem Sinne geregelt, dass für die Zollbehandlung im Warenverkehr beiderseits autonom die meistbegünstigte Behandlung des anderen Teils galt, und zwar „provisorisch in Erwartung der Regelung der Handelsbeziehungen durch einen Handelsvertrag“ (PA/AA, R105838).

Deutsche Waren erfreuten sich in Albanien im Vergleich zu den vielfach minderwertigen italienischen Produkten großer Beliebtheit. Zu den Artikeln, die in steigendem Maße Absatz in Albanien fanden, gehörten neben Flaschenbier, Farben, Kurz- und Eisenwaren auch Maschinen und Medikamente (PA/AA, R105838). Ca. 60% des albanischen Bierkonsums wurden im Jahre 1929 aus Deutschland gedeckt (PA/AA, R72443).

Der neue Markt Albanien wurde von deutschen Unternehmen schnell entdeckt. In einem Schreiben des Auswärtigen Amtes an die deutsche Gesandtschaft Tirana vom 30. Mai 1924 wird berichtet: „Für die Erschließung Albaniens bestehen in Deutsch-

land eine Reihe großzügiger Projekte, so besonders über Bahnbauten, über Schaffung einer albanischen Industrie zur Vergütung der Landesprodukte und über Errichtung von Flugverbindungen in Albanien selbst und mit den Nachbarländern“ (PA/AA, R88663).

Auch die Albaner standen einem Engagement deutscher Industrie in Albanien freundlich gegenüber. Für sie stand fest, dass Deutschland, im Gegensatz zu Frankreich, England und Italien, lediglich wirtschaftliche Interessen verfolgte.

Die an Albanien interessierten deutschen Firmen waren schon im Jahr 1924 in einem „Albanischen Syndikat“ organisiert. Dieses Syndikat wurde von zwei Direktoren geleitet, nämlich von Otto Habermal, der seine Residenz in Tirana hatte, und Hans Ryssel, einem ehemaligen Armee-Hauptmann in Berlin. Das Syndikat verfolgte ein großes Bahnbauprojekt in Albanien. Zu diesem Zweck hatte es im Jahr 1924 eine Studienkommission nach Albanien entsandt.

Bei den Verhandlungen mit der albanischen Regierung hatte diese Kommission eine Vorkonzession für den Bau von ca. 500 Kilometern Bahngleise erhalten. Als Sicherheit für die Finanzierung hatte die albanische Regierung eine Reihe von Garantie-Konzessionen erteilt, unter anderem eine Holzschlagkonzession, eine Bergbaukonzession, eine Wasserkraftkonzession und eine Landpachtkonzession (PA/AA, R88663).

Auch die Firma Mannesmann – Industrie- und Handelsgesellschaft GmbH hatte in Albanien eine Niederlassung eröffnet. Diese Gesellschaft übte alle Arten von Industrie- und Handelsgeschäften aus. Besonderen Wert legte sie auf die Schaffung einer lebensfähigen einheimischen Industrie zur Verwertung von Landesprodukten.

Zur Schaffung guter Verkehrsverbindungen innerhalb Albanien und mit den Nachbarländern diente die deutsche Fluggesellschaft „Adria Aerolloyd“ mit Sitz in Vlora. Diese Fluggesellschaft wurde im Januar 1924 in Berlin gegründet. Die albanische Regierung erkannte sie sofort als die albanische nationale Fluggesellschaft an. Dementsprechend wurde der Fluggesellschaft eine Konzession über 10 Jahre erteilt. Als Vorstand fungierte der bereits oben erwähnte Hans Ryssel. Anscheinend wurde Adria Aerolloyd auch von der deutschen Regierung subventioniert (PA/AA, ADGT, WF 2 Nr. 1).

Als ein großes Problem erwiesen sich für die in Albanien tätigen deutschen Unternehmen die Verzögerungen der Zahlungen durch die albanische Regierung. So dauerte ein Rechtsstreit zwischen zwei deutschen Straßenbauunternehmen, Heilmann & Littman A.G. und Kallenbach GmbH und der albanischen Regierung über dreieinhalb Jahre. Die beiden Straßenbauunternehmen hatten die albanische Regierung wegen der Nicht-Erstattung von etwa 300.000 Goldfranken verklagt (PA/AA, R72461). Der Prozess wurde erst 1934 beendet. Der Widerstand der albanischen Regierung war hauptsächlich auf den italienischen Einfluss zurückzuführen: „Italien würde jeder missliebigen Konkurrenz rücksichtslos in den Weg treten“, meldete diesbezüglich Luckwald an das Auswärtige Amt (PA/AA, R72461). Das Potential deutscher Betriebe in Albanien wurde in Rom als sehr gefährlich eingeschätzt.

Das Direktionsbüro der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig informierte das Auswärtige Amt über die vorhandenen Schwierigkeiten des deutschen Handels in Albanien. Diese entstanden unter anderem wegen des Fehlens einer selbständigen albanischen Nationalbank. Die Nationalbank war ein Kind des *Credito*

Italiano mit italienischem Personal – sogar der Wächter wurde aus Rom vorgeschrieben – und sie suchte in jeder Weise den italienischen Handel zu fördern und den deutschen Import zu schädigen. Dies geschah meist bereits in Triest, wo die italienische Dampfschiffahrt *Puglia* deutsche Waren erst nach einem Monat und oft falsch verfrachtete. Häufig lagen die Waren monatelang im Zoll und wurden von der Bank mit Spesen belastet. Dadurch wurde mit der Zeit der Preis der Ware so hoch, dass die albanischen Kunden sich weigerten, die Ware zu kaufen. Dies war eine ausgefeilte Strategie der italienischen Politik, denn unter diesen Umständen gaben die albanischen Händler keine Bestellungen mehr bei deutschen Fabriken auf, da die „Ware doch nie ankommt“ (PA/AA, R72461).

Schon 1924 entstand bei den in Albanien tätigen Deutschen die Meinung, dass „für uns Deutsche eine Betätigung in Albanien nur dann Zukunftsaussichten besitzt, wenn wir von Anfang an Italien an unseren Arbeiten beteiligen, sodass wir Italien den deutschen Interessen parallel schalten, wobei wir uns als Deutsche in der Hauptsache die praktische Durchführung und Arbeitsbetätigung vorbehalten wollen“ (PA/AA, R88663). Italien würde dadurch die Möglichkeit erhalten, durch eine Beteiligung an den deutschen Unternehmungen seinen Einfluss in Albanien indirekt zu festigen und zu sichern. Es brauchte keine Gegenströmung von Jugoslawien zu befürchten und könnte seine Ziele auf diesem Wege erreichen.

Das Auswärtige Amt stand diesem Plan skeptisch gegenüber. Albanien wurde besonders seit 1927 als eine politische und wirtschaftliche Einflusszone Italiens angesehen. Außerdem meldete der deutsche Botschafter in Rom, dass die Chancen einer Übereinstimmung deutscher und italienischer Interessen in Albanien sehr gering seien (PA/AA, R88663). Außerdem fürchtete Rom, wie bereits erwähnt, die Macht und den Einfluss der deutschen Industrie.

Trotzdem gelang es der Fluggesellschaft Aero Lloyd, italienische Aktionäre für sich zu gewinnen. Denn diese Zusammenarbeit war insofern wichtig für die deutsche Fluggesellschaft, weil sie für die Flugverbindungen mit dem Ausland auf die italienischen Flughäfen angewiesen war. 1928 ging Aero Lloyd vollständig in italienischen Besitz über und signalisierte somit die Festigung der italienischen Stellung in Albanien. Auch eine andere deutsche Gesellschaft, INAG – eine Tochtergesellschaft der M. Strohmeyer Lagerhausgesellschaft mit Sitz in Konstanz –, die eine Holzkonzession in Mamurras erhalten hatte, wurde unter italienischem Druck gezwungen, ihre Konzession einer italienischen Gesellschaft zu verkaufen. Ab 1935 geriet das wirtschaftliche Leben Albaniens fast vollständig in italienische Hände (ZAMBONI 1970: 499–503).

Die deutsche Kulturpolitik in Albanien 1912–1939

Aufgrund des Interesses, das Österreich-Ungarn seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aus politischen Gründen an den Verhältnissen in Albanien hatte, waren in Albanien starke deutsche Kultureinflüsse zu erkennen. Besonders in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Donaumonarchie nennenswerte Mittel aufgewendet, um jungen Albanern durch die Aufnahme an österreichischen Mittelschulen, an Lehrerbildungsanstalten und Priesterseminaren eine westeuropäische, deutsche Bildung zu vermitteln. Als während des Ersten Weltkrieges etwa zwei Drittel Albaniens von Österreich besetzt waren, wurden in Albanien über 200 Volks-

schulen, drei Bürgerschulen, zwei Handelsschulen und zwei Lehrerbildungskurse errichtet. An fast all diesen Schulen wurde auch Deutsch als Fremdsprache gelehrt (PA/AA, ADGT, Kultur- und Schulfonds 1928–1938).

Der deutsche Einfluss in Albanien wurde zudem durch die unmittelbare Berührung der albanischen Bevölkerung mit den deutsch-österreichischen Truppen, die gegen Serbien, den „Erzfeind“ Albaniens kämpften, verstärkt. Diese Tatsache sorgte dafür, dass tausende albanische Freiwillige neben den österreichischen Einheiten kämpften. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges ging der deutsche Kultureinfluss zurück, jedoch ohne vollständig zu verschwinden. Nach der Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit richtete die albanische Regierung ihr Augenmerk auf die Fortführung deutsch-albanischer kultureller Beziehungen. Neben der Berufung von Ingenieuren und Fachleuten aus Deutschland und Österreich nahm die Anzahl albanischer Schüler und Studenten an den Mittel- und Hochschulen in Österreich und Deutschland zu. Die Zahl der auf Staatskosten in Österreich und Deutschland studierenden Albaner betrug 1919 etwa 36 und stieg bis 1928 kontinuierlich auf 92 albanische Schüler und Studenten (PA/AA, ADGT, Kultur- und Schulfonds 1928–1938). Außerdem eigneten sich auch zahlreiche junge Albaner auf eigene Kosten in Österreich und Deutschland die deutsche Bildung an.

In den 1930er Jahren verringerte sich die Zahl der an deutschen Mittel- und Hochschulen studierenden Albaner stark. Nach Angaben des albanischen Unterrichtsministeriums studierten in diesen Jahren in Österreich 41 albanische Staatsstipendiaten und noch weitere 14 auf eigene Kosten. In Deutschland befanden sich in dieser Zeit zwei Staatsstipendiaten und vier weitere, die das Studium selbst finanzierten (PA/AA, ADGT, Kultur- und Schulfonds 1928–1938). Die Bevorzugung der österreichischen Bildungseinrichtungen gegenüber den deutschen war teilweise auf die engen, schon vor dem Krieg bestehenden kulturellen Beziehungen Albaniens zu Österreich zurückzuführen, hauptsächlich jedoch darauf, dass das Studium in Österreich einen viel geringeren Kostenaufwand erforderte als in Deutschland.

Der Rückgang der Studentenzahl in Österreich und Deutschland war in erster Linie auf die lebhaftere italienische Kulturpropaganda zurückzuführen, die Italien seit dem Abschluss der albanisch-italienischen „Freundschaftsverträge“ von 1926 und 1927 unter Aufwendung erheblicher Mittel im Lande betrieb. Der italienischen kulturellen Durchdringung Albaniens diente vor allem die Gewährung zahlreicher Freiplätze für junge Albaner an italienischen Schulen. Hunderte davon studierten an italienischen Mittel-, Gewerbe-, Hochschulen und Militärinstituten, vollkommen oder zu einem erheblichen Teil auf Kosten der italienischen Regierung. Weniger erfolgreich war Italien hingegen in seinem Bestreben, auf das Schulwesen in Albanien Einfluss zu nehmen. Aus nationalen und politischen Gründen hat die albanische Regierung den dahingehenden italienischen Wünschen zäh und erfolgreich widerstanden (PA/AA, ADGT, Kultur- und Schulfonds 1928–1938). Es muss auch betont werden, dass die Erfolge der italienischen Kulturpropaganda in Albanien in keinem Verhältnis zu den dafür aufgewandten Mitteln standen.

Durch den immer stärker werdenden Einfluss italienischer Kulturpolitik im Lande wurden die kulturellen Beziehungen Albaniens zu Deutschland zurückgedrängt. Jedoch lag die Aufgabe der deutschen Kulturpropaganda in Albanien nicht in der Bekämpfung und Zurückdrängung des italienischen Einflusses, sondern sie be-

schränkte sich nur auf die bisherige Position, die Präsenz der deutschen Kultur zu erhalten. „Jede weiter gehende Propaganda würde auf den energischsten Widerstand Italiens stoßen und voraussichtlich auf dessen Druck hin von der albanischen Regierung verhindert werden“, meldete diesbezüglich die deutsche Gesandtschaft in Tirana am 31. Juli 1930 dem Auswärtigen Amt (PA/AA, ADGT, Kultur- und Schulfonds 1928–1938).

Als wichtigstes Mittel zur Durchführung einer deutschen Kulturpolitik in Albanien kam für die deutsche Gesandtschaft die Verbreitung der deutschen Sprache in Betracht. Für die Albaner, besonders die jungen Generationen, hatte das Erlernen und Anwenden einer westeuropäischen Sprache eine wichtige Bedeutung. Da die deutsche Sprache seit vielen Jahren in Albanien, besonders im Norden des Landes, sehr verbreitet war, beurteilte der deutsche Gesandte in Tirana, dass „es nicht schwer sein wird, auch ohne die Aufwendung größerer Geldsummen die weitere Verbreitung der deutschen Sprache fördern zu können“ (PA/AA, ADGT, Kultur- und Schulfonds 1928–1938).

Diese Entwicklung begünstigte nicht nur die Verstärkung der deutsch-albanischen kulturellen Beziehungen, sondern die Förderung der deutschen Sprache kam auch dem deutschen Außenhandel zu gute. In diesem Rahmen erwies sich die Unterrichtung der deutschen Sprache im Franziskaner-Gymnasium in Shkodra als sehr wertvoll. Die deutsche Gesandtschaft in Tirana unterstützte das Gymnasium mit etwa 1000 Reichsmark im Jahr. Die deutsche Kulturpolitik wurde auch durch die kostenlose Verteilung deutscher Bücher und Zeitschriften an die Staatsbibliotheken in Tirana, Elbasan und Shkodra gefördert. Im Jahr 1937 wurden dem „Deutsch-Ausländischen Buchtausch“ von der Reichsregierung 2000 Reichsmark zur Beschaffung von Büchern für die albanischen Bibliotheken zur Verfügung gestellt (PA/AA, ADGT, Kultur- und Schulfonds 1928–1938).

Wie bereits erwähnt, war diese Zusammenarbeit im Bildungsbereich für beide Seiten von Interesse. Schon 1925 hatte die albanische Regierung vom deutschen Gesandten in Tirana verlangt, jedes Jahr die Aufnahme von 5–10 Kindern aus „guten albanischen Familien“, an deutschen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. In der gleichen Zeit bot Italien im Rahmen der Kulturpropaganda für albanische Kinder über 135 Freiplätze an Schulen in Turin, Bari und Lecce an. Eine Entwicklung, welche die albanische Regierung als eine Gefahr für die spätere albanische Intelligenz bewertete. Der albanische Vorschlag wurde von deutscher Seite deshalb sehr begrüßt, denn so würde eine albanische Schicht „deutscher Kultur“ gebildet, die später als Gegengewicht zur italienischen sowie französischen Kultur fungieren würde. In den staatlichen Gymnasien in Tirana und Shkodra wurde neben Italienisch auch Deutsch als eine Pflicht-Fremdsprache, im Franziskaner-Gymnasium in Shkodra und in der Schule „Nana Mbretëreshë“ (Die Mutterkönigin Schule) als fakultative Fremdsprache gelehrt.

Selbstverständlich stellte das Studium in Deutschland die beste Möglichkeit für die Verbreitung deutscher Kultur im Lande dar. Da aber die deutsche Regierung eine Konfrontation mit den italienischen Interessen in Albanien vermeiden wollte, konnte sie weder eine große Anzahl von Stipendiaten noch Direktstipendien für albanische Schüler und Studenten fördern. So schlug die deutsche Gesandtschaft als Lösung vor, dass sich die albanischen Studenten um Stipendien bei verschiedenen deutschen Stif-

tungen bewerben sollten. Demzufolge stieg, insbesondere in den Jahren 1935–1937, die Zahl der Bewerber, die bei der deutschen Gesandtschaft in Tirana einen Antrag auf ein Stipendium einreichten, erheblich. Die Gesandtschaft entschied dann weiter, ob der Antrag genehmigt werden sollte oder nicht. Nach der Genehmigung wurde der deutsche Akademische Dienst eingeschaltet, und dieser suchte dann eine passende Schule in Deutschland.

Die Verbreitung der deutschen Kulturpolitik in Albanien bildete den Quellen zufolge jedoch nie einen Schwerpunkt der deutschen Albanienpolitik. Dafür gab es sowohl politische als auch finanzielle Gründe. Deutschland genügte die Bewahrung des vorhandenen deutschen Kultureinflusses einschließlich des Sprachunterrichts an den albanischen Schulen. Des Weiteren war auch die Zahl der Stipendien an albanische Schüler und Studenten sehr gering.

Fazit

Das deutsch-albanische Verhältnis in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war von spezifischen Eigenarten geprägt. Deutschland hatte Albanien 1922 anerkannt und aufgrund der Zunahme deutscher Wirtschaftsinteressen im Jahre 1923 einseitig eine diplomatische Vertretung in Tirana eingerichtet. Ein 1926 abgeschlossener Handelsvertrag wurde 1933 von albanischer Seite gekündigt. Ein erster erfolgversprechender Neuansatz für eine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit ergab sich dann auch mit der Einsetzung des Kabinetts von Mehdi Frashëri im Jahr 1934, dem während der deutschen Besatzungszeit 1943–1944 eine besondere Rolle zukommen sollte. Er versuchte mit dem deutschen Gesandten von Luckwald Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern aufzubauen. Diese Initiative passte in den Rahmen der deutschen Politik, jedoch hier nur im Allgemeinen und auf wirtschaftliche Fragen beschränkt. Für die weitere Erschließung Albaniens sollte sie nützliche Kenntnisse und Verbindungen ermöglichen und eine Vorzugstellung im Hinblick auf Deutschlands Rohstoffbedarf schaffen. Obwohl der Anregung Mehdi Frashëris von Seiten des Auswärtigen Amts nur bedingt entsprochen wurde, begrub seine Ablösung als Ministerpräsident die Hoffnungen des deutschen Gesandten.

Da die italienische Balkanpolitik auf eine wirtschaftliche und politische Vorherrschaft östlich der Adria abzielte, mussten sich zwangsläufig auch in Albanien die deutschen und italienischen Interessen kreuzen. Die deutsche Albanienpolitik versuchte daher so gut es ging, Handlungen zu vermeiden, die von den Italienern als unerwünschte Einmischungen in albanische Angelegenheiten interpretiert werden konnten.

So beschränkte sich die deutsche Albanienpolitik nur auf zwei Bereiche, nämlich die Belebung des Warenaustausches und die Förderung deutscher Sprachkenntnisse. Die kulturpolitischen Ziele führten zu Bemühungen der Deutschen Gesandtschaft, Stipendien für albanische Studenten im Reich zu ermöglichen. Bezüglich der Intensivierung des zwischenstaatlichen Handels versprach ein Meistbegünstigungsabkommen, das am 21. Dezember 1938 geschlossen wurde, einen Anstieg des Warenaustauschs. Dies jedoch ohne dass die Hoffnung bestand, albanische Rohstoffe von strategischer Bedeutung ausbeuten zu können. Dieses Abkommen verlor bereits vier Monate später mit dem von Deutschland gebilligten Einmarsch italienischer Truppen in Albanien seine Bedeutung. In dieser Zeit unterhielt das Deutsche Reich keine be-

sonderen politischen und wirtschaftlichen Beziehung zu Albanien. Auch die Versuche Zogus einer Annäherung an Deutschland – besonders Mitte der 1930er Jahre, um die italienisch-albanischen Beziehungen im Gleichgewicht zu halten – blieben erfolglos.

In der albanischen Geschichtsschreibung wird oft auf die Unterstützung der italienischen Albanienpolitik einschließlich der Billigung der Annexion Albanien durch italienische Truppen am 7. April 1939 durch das nationalsozialistische Regime hingewiesen. Jedoch entspricht dieses Bild nicht ganz der Realität. Denn *de facto* sah die deutsche Politik Albanien schon lange bevor Hitler an die Macht kam als ein italienisches Protektorat an. Erst 1943 musste sich das deutsche Auswärtige Amt ernsthaft mit Albanien beschäftigen, als die deutsche Wehrmacht aus kriegswichtigen Gründen gezwungen war, Albanien zu besetzen.

Literatur

- BARTL, Peter (1995): *Albanien – Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Regensburg.
- BIAGINI, Antonello (1998): *Historia e Shqipërisë nga zanafilla deri në ditët tona* [Die Geschichte Albanien von der Entstehung bis heute]. Tiranë.
- BUSCH-ZANTNER, Richard (1939): *Albanien. Neues Land im Imperium*. Leipzig.
- CASTELLAN, Georges (1992): *History of the Balkans. From Mohammed the Conqueror to Stalin*. New York (= East European Monographs No. CCCXXV).
- DORNFELD, Mathias; SEEWALD, Enrico (2009): „Die deutschen diplomatischen Vertretungen in Albanien“. *Zeitschrift für Balkanologie* 45. 1–22.
- FISCHER, Bernd J. (1984): *King Zog and the Struggle for Stability in Albania*. New York (= East European Monographs 159).
- IKONOMI, Ilir (2011): *Faik Konica – Jeta në Washington* [Das Leben in Washington]. Tirana.
- ELSIE, Robert (2000): *Faik bey Konitza*. <http://www.elsie.de/pdf.articles/2000IntroKonitza.pdf>.
- LÖHR, Hanns Christian (2010): *Die Gründung Albanien. Wilhelm zu Wied und die Balkan Diplomatie der Großmächte 1912–1914*. Frankfurt am Main.
- KACZA, Thomas (2007): *Zwischen Feudalismus und Stalinismus. Albanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Berlin.
- KALESHI, Hasan (1981): „Vlora, Ekrem“. In: Mathias Bernath, Felix von Schroeder, Karl Nehring (Hrsg.): *Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*, Band IV. München.
- KASMI, Marenglen (2013): *Die deutsche Besetzung in Albanien 1943–1944*. Potsdam (= Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte 20).
- KÜHMEL, Bernhard (1981): *Deutschland und Albanien, 1943–1944. Die Auswirkungen der Besetzung und die innenpolitische Entwicklung des Landes*. Bochum (Inauguraldissertation zur Erlangung eines Doktors der Philosophie in der Abteilung für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum).
- LORD GREY, Edward (1926): *Fünfundzwanzig Jahre Memoiren*, Band I. München.
- NIEMEYER, Theodor (1914): *Die Londoner Botschaftervereinigung*. München.
- NOLTE, Ernst (2007): *Geschichte Europas 1848–1918. Von der Märzrevolution bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*. München.
- OSCHLIES, Wolf (1987): *Bonns neuer Partner in Europas „Wetterecke“. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen Albanien – Bundesrepublik Deutschland*. Köln (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 43).
- PUTO, Arben (1978): *Pavarësia shqiptare dhe diplomacia e Fuqive të Mëdha 1912–1914* [Die Unabhängigkeit Albanien und die Diplomatie der Großmächte 1912–1914]. Tiranë.

- SARAÇI, Çatin (2006): *Zogu i shqiptarëve, një histori e jetuar* [Der Zog der Albaner, eine erlebte Geschichte]. Tiranë (= Shtëpia Botuese 55).
- SEEWALD, Christian (1995): *Der Balkanpakt von 1934*, Studienarbeit, 1. Auflage. Norderstedt.
- SCHIEL, Rüdiger (2009): „Skutari 1913/14 – eine frühe «Joint» oder eine «Combined Operation»?“ In: Bernhard Chiari, Gerhard P. Groß (Hrsg.): *Am Rande Europas? Der Balkan – Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt*. München. 89–105.
- SHEVILL, Ferdinand (1966): *History of the Balkan Peninsula. From the Earliest Times to the Present Day*. New York.
- SCHMID, Thomas (1997): „Der verratene Prinz“. *Berliner Zeitung* vom 28.06.1997.
- SCHMIDT-NEKE, Michael (1987): *Entstehung und Ausbau der Königsdiktatur in Albanien (1912–1939); Regierungsbildungen, Herrschaftsweise und Machteliten in einem jungen Balkanstaat*. München.
- SCHMIDT-NEKE, Michael (1991): „Fürst Wilhelm von Albanien Faktoren“. In: *Aspekte der Albanologie* 18, (Akten des Kongresses „Stand und Aufgaben der Albanologie heute“, 3.–5. Oktober 1988, Universität zu Köln, Herausgegeben von Walter Breu, Rolf Köderitzsch und Hans-Jürgen Sasse). 203–221.
- SCHRAMM-VON THADDEN, Ehrengard (1955): *Griechenland und die Großmächte im II. Weltkrieg*. Wiesbaden.
- THOPIA, Karl (1916): „Das Fürstentum Albanien. Eine Zeitgeschichtliche Studie“. In: Ludwig von Thalloczy (Hrsg.): *Illyrisch-albanische Forschungen*, Band II. München, Leipzig. 219–289.
- VLORA, Ekrem Bey (1973): *Lebenserinnerungen*, Band II. München.
- WILHELM, Fürst von Albanien, Prinz zu Wied (1917): *Denkschrift über Albanien*. (nicht veröffentlichte Manuskript).
- WENDEL, Hermann (1925): *Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit*. Frankfurt am Main.
- WENDEL, Hermann (1922): *Kreuz und quer durch den slawischen Süden; von Marburg bis Monastir, von Belgrad bis Buccari, Krieger Tage*. Frankfurt am Main.
- ZAMBONI, Giovanni (1970): *Mussolinis Expansionspolitik auf dem Balkan. Italiens Albanienpolitik vom I. bis zum II. Tiranapakt im Rahmen des italienisch-jugoslawischen Interessenkonflikts und der italienischen „imperialen“ Bestrebungen in Südosteuropa*. Hamburg (= Hamburger Historische Studien 2).

Quellen

- Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, Berlin*
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana (ADGT), PIII, Band 1, 1924–1939, Bericht Nr. 956, vom 5.08.1927.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Dokument Nr. 1151, vom 12.10.1927.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Band 1, 1924–1939, Dokument Nr. 206.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Band 1, 1924–1939, Dokument Nr. 632, vom 21.06.1929.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Dokument Nr. 875, vom 08.08.1929.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Dokument Nr. 403, vom 12.04.1929.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Dokument Nr. 604, vom 08.06.1929.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Dokument Nr. 727, vom 18.07.1929.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Dokument Nr. 805, vom 02.08.1929.
- PA/AA, R 72443.
- PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Bericht vom 27.01.1934.

- PA/AA R72443, Bericht Nr. 437 vom 13.03.1934.
PA/AA R72443, Aktennotiz vom 12.6.1936.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Bericht Nr. 352/36, vom 19.05.1936.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Bericht Nr. 806, vom 10.10.1936.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Bericht Nr. 409, vom 7.06.1937.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, AA Protokoll 13874 I 4 Fico, vom 23.09.1938.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft Tirana, PIII, Pannwitz an Auswärtigen Amt, Bericht Nr. 22 vom 27.06.1938.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft, Albanien 1926–1929, Politisch und Wirtschaftlich, Bericht vom 23.01.1929.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft des deutschen Generalkonsulats, Tirana, 1924–1943, Aktenzeichen WF 2 Nr.1, Banken, alb. Nationalbank, Band 1, 1925–1939.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft, Kultur- und Schulfonds 1928–1938, Dokument Nr. 707, vom 10.10.1930.
PA/AA, Akten der deutschen Gesandtschaft, Kultur- und Schulfonds 1928–1938, Dokument Nr. 950, vom 3.09.1937.
PA/AA, R105838, Handakten Clodius.
PA/AA, R72443.
PA/AA, R88663.
PA/AA, R72461.
PA/AA, R88663.
Erich von Luckwald: Erinnerungen, Teil II 1932–1936, in: PA/AA, Nachlass Erich von Luckwald.
Brief Wilhelm zu Wied an Rudolph Nadolny, vom 12. Dezember 1929, in: PA/AA, Nachlass von Rudolph Nadolny.
Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie D, Band VI
ADAP, Serie D, Band VI, Dokument Nr. 166, S. 168.
ADAP, Serie D, Band VI, Dokument Nr. 172, S. 1173.
ADAP, Serie D, Band VI, Dokument Nr. 205, S. 207.
Reichstagsprotokolle 1912/14,13, S. 8840, http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003391_00290.html.
Reichstagsprotokolle 1912/14,13, S. 8840, http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003391_00290.html).
Akten des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde
Vossische Zeitung, 17. Februar 1914, in: B Arch R8034/II 8478.
Berliner Neuste Nachrichten, 25. Mai 1914, in: B Arch R8034/II 8479.
Berliner Tageblatt, 1. Juni 1914, in: B Arch 8034/II 8478.
Berliner Lokal-Anzeiger, 2. Juni 1914, in: B Arch R8034/II 8479.